

# UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 umol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

5/80  
31. März

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

## Organisationsstruktur

### Hochschullehrer mit Minderheitsvotum gegen Senatsbeschuß

#### Seminare und Institute gefordert

Mit einem Minderheitsvotum wollen vier Professoren, die zur Hochschullehrergruppe „Demokratische Hochschule“ (DH) gehören und Senatsmitglieder sind, gegen die Beschlüsse zur Organisationsstruktur der Universität vorgehen, wie sie von den Fachbereichsräten gefaßt und vom Senat bestätigt wurden. Gegen den Willen der Gremien möchten die Mitglieder der stärksten Hochschullehrergruppe Institutstrukturen in der Universität durchsetzen.

Der von Schulenberg vorgelegte Plan sieht die Einrichtung von neun Fachbereichen mit insgesamt 38 Instituten bzw. Seminaren vor. Unberührt in seiner Fächerzusammensetzung bleibt danach lediglich der Fachbereich II, alle anderen Fachbereiche werden aufgliedert und erhalten als Substrukturen zum Teil auch Mini-Institute. (siehe auch nebenstehenden Kasten)

Die Vorlage des Schulenberg-Plans löste im Senat zum Teil heftige Reaktionen aus. So warf der Jurist Professor Dr. Thomas Blanke seinen Kollegen vor, sie versuchten mit ihrem von keinem Gremium getragenen Plan die Arbeitsplätze der meisten Hochschulangehörigen strukturell und inhaltlich neu zu gestalten, ohne sie auch nur einmal gefragt zu haben. Schulenberg erklärte dazu, seine Gruppe habe von Anfang an deutlich gemacht, daß sie sich für wissenschaftliche Einrichtungen, also Institute und Seminare, einsetzen werde. Die von den Fachbereichsräten und vom Senat beschlossene Organisa-

tionsstruktur könne nicht akzeptiert werden, weil sie keine funktionsgerechte Lösung für die Organisationsprobleme der Hochschule darstelle. Im übrigen sei der Plan seiner Gruppe im Hinblick auf Anzahl und Zuordnung der Institute zu den einzelnen Fachbereichen veränderungsfähig.

Entgegen der „Demokratischen Hochschule“ hatten sich alle Fachbereichsräte und der Senat grundsätzlich gegen Institute und Seminare ausgesprochen - nicht zuletzt deshalb, weil in diesen Einrichtungen lediglich die Professoren das Sagen haben. Auch konnten sich die Fachbereichsräte I, II und III nicht für die Teilung ihrer Fachbereiche entscheiden. Lediglich der Fachbereichsrat IV beschloß, für die naturwissenschaftlichen Fächer und Mathematik je einen Fachbereich zu bilden - allerdings ohne Substruktur. In den Fachbereichen II und III sollen dagegen Kommissionen auf Fächerebene eingerichtet werden, in denen auch Stu-

Fortsetzung auf Seite 4

### Elf von zehn Sitzen für ÖTV und GEW

#### Beteiligung an Personalratswahlen geringer als 1976

Mit einem großen Erfolg für ÖTV und GEW endeten am 20. März die Wahlen zum Personalrat. Zehn der insgesamt elf Sitze werden von Vertretern der beiden verbündeten Gewerkschaften besetzt. Die DAG, im letzten und nur neunköpfigen Personalrat noch mit zwei Mitgliedern ver-

treten, mußte sich mit einem Sitz begnügen.

Die Wahlbeteiligung lag gegenüber der letzten Wahl 1976 niedriger. Stärkste Beteiligung gab es wiederum bei den Arbeitern mit 80 Prozent (1976: 83,6 %). Bei den Angestellten gingen 61,2 Prozent (72,5 %) zur Urne. Das geringste Interesse fand die Wahl bei den Beamten: 55,63 Prozent (65,9 %).

Sowohl bei den Beamten wie bei den Arbeitern fand lediglich Personenwahl statt, weil keine konkurrierenden Listen aufgestellt wurden. Beide Gruppen stellen jeweils zwei Vertreter im Personalrat. Bei den Angestellten dagegen traten ÖTV/GEW und die DAG gegeneinander an. Dabei konnte die Liste ÖTV/GEW 251 Stimmen (79,9 %) und damit sechs der sieben Angestellten-Sitze auf sich vereinen. Die DAG erhielt 63 Stimmen (20,1 %) und damit nur einen Sitz. 1976 wählten noch 30,2 Prozent die DAG. Die personelle Zusammensetzung: Beamte: Helga Kochanowski (ÖTV), Dr. Klaus Struve (GEW). Angestellte: Gudrun Buchholz, Manfred Hinderks, Klaus Liebig, Dr. Jürgen Metzger, Marita Rosenow, Michael Schröder (alle ÖTV/GEW), Christel Thiel (DAG). Arbeiter: Horst Hildebrand, Johannes Eilers (beide ÖTV)

### Präsidentenwahl Anfang Juni?

Nach einem jetzt aufgestellten Terminplan soll das Konzil spätestens am 11. Juni den Präsidenten gewählt haben. Bereits am 16. April wird voraussichtlich der Senat darüber entscheiden, wer zur Anhörung am 14. Mai eingeladen wird. Am 28. wird sich das Gremium dann wieder mit diesem Thema befassen und dem Konzil drei Kandidaten für die Wahl vorschlagen. Erster Wahltermin: 4. Juni. Ob der Zeitplan durchgehalten werden kann, hängt weitgehend vom Ministerium ab, das vor der Wahl feststellen muß, ob die 16 Bewerber die formalen Voraussetzungen für das höchste Amt der Uni erfüllen. Im vergangenen Jahr wurden dazu mehr als drei Monate benötigt.

## Plan der „Demokratischen Hochschule“

### FB I: Erziehungswissenschaften

- Erziehungswissenschaftliches Seminar
- Institut für Sonderpädagogik
- Institut für Weiterbildung

### FB II: Philosophie, Psychologie und Sportwissenschaft

- Philosophisches Seminar
- Institut für Psychologie
- Institut für Sportwissenschaft

### FB III: Kommunikation/Ästhetik

- Germanistisches Seminar (einschl. Niederlandistik)
- Anglistisches Seminar
- Slawistisches Seminar
- Institut für Bildende Kunst und visuelle Kommunikation
- Institut für Musik und auditive Kommunikation

### FB IV: Sozialwissenschaften

- Institut für Soziologie
- Institut für Politikwissenschaft I
- Institut für Politikwissenschaft II
- Institut für Geschichte
- Religionspädagogisches Seminar
- Institut für Arbeitslehre/Polytechnik
- Institut für Raumplanung

### FB V: Wirtschafts- und Rechtswissenschaften

- Volkswirtschaftliches Institut
- Betriebswirtschaftliches Institut
- Seminar für Berufs- und Wirtschaftspädagogik
- Rechts- und verwaltungswissenschaftliches Seminar

### FB VI: Biologie

- Institut für Zoologie I (Morphologie und Ökologie)
- Institut für Zoologie II (Humanbiologie und Physiologie der Tiere)

- Institut für Botanik (Morphologie, Ökologie und Physiologie)
- Institut für Allgemeine Biologie I (Mikrobiologie)
- Institut für Allgemeine Biologie II (Geomikrobiologie)
- Institut für Didaktik der Biologie und der Geographie

### FB VII: Chemie

- Institut für anorganische Chemie
- Institut für organische Chemie
- Institut für physikalische Chemie

### FB VIII: Mathematik

1. Mathematisches Institut
2. Mathematisches Institut
3. Mathematisches Institut
4. Institut für Didaktik der Mathematik

### FB IX: Physik

1. Physikalisches Institut
2. Physikalisches Institut
3. Physikalisches Institut

## Fachkommission soll über Jura-Studiengang entscheiden

Das Vorhandene bleibt erhalten, mit neuen Studiengängen ist nur im geringen Umfang zu rechnen. So läßt sich der neueste Kabinettsbeschuß zur Reduzierung der Studienplatzzielzahlen in Oldenburg umreißen.

Insgesamt will das Kabinett nur noch 81.000 anstatt 85.000 Plätze in Niedersachsen errichten. Aber auch diese Zahl scheint nicht wenigen Politikern im Landtag und im Kabinett noch zu hoch gegriffen. Der regierungsnah „rundblick“ ließ bereits erkennen, daß das letzte Wort des Kabinetts zum Ausbau der Hochschulen nicht gesprochen sei. Aber auch die jetzige Entscheidung

hat es für die Neugründungen in sich und ignoriert regionalen Protest fast völlig. In Oldenburg wird die Studienplatzzielzahl voraussichtlich von 6.800 auf 5.500 gekappt. In jedem Fall wird die sogenannte Planungsreserve mit 700 Plätzen wegfallen. Über die bisher zugesicherten 600 Jura-Studienplätze will das Kabinett letztlich entscheiden, wenn ein Gutachten einer von ihr noch einzusetzenden Kommission vorliegt, die den Bedarf an rechtswissenschaftlichen Studienplätzen untersuchen soll. Kenner der Szene meinen allerdings, daß die Regierung damit ihr Nein lediglich hinauszögern will, um nicht die zahlreichen Repräsentanten der Region,

die sich nicht nur für Jura stark gemacht haben, zu brüskieren.

Sicher ist auf jeden Fall, daß die Studiengänge Zahnmedizin und Pharmazie (letzterer war ebenfalls fest zugesagt) nicht eingerichtet werden. So bleibt nur noch die Chance für solche neuen Studiengänge, für die keine baulichen Investitionen und nur im geringen Umfang Personalstellen nötig sind.

Was die Bauinvestitionen insgesamt angeht, so scheint zumindest sicher zu sein, daß neben dem Zentralbereich am Uhlhornweg auch die naturwissenschaftlichen Gebäude in Wechloy errichtet werden. gh

## Psychosoziale Beratung aufgenommen

In diesem Sommersemester tritt der Aufbau einer psychosozialen Beratungsstelle (PSB) an der Universität in seine konkrete Phase. Der Senat hatte im letzten Jahr einstimmig beschlossen, eine PSB innerhalb der Zentralen Studienberatung einzurichten, und eine Rahmenkonzeption verabschiedet. Die entsprechende Stelle ist seit Februar mit Christian Leszczynski besetzt, der schon in Berlin in einer ähnlichen Einrichtung gearbeitet hat. Ferner arbeiten stundenweise in der PSB Ulla Gresning, Jakob Müller-Wochinger und Elfi Shanmugam mit.

In einem Text der PSB für das Vorlesungsverzeichnis heißt es: „Die Mitarbeiter der psychosozialen Beratungsstelle (PSB) gehen davon aus, daß die Universität als Institution persönliche Schwierigkeiten hervorufen oder verstärken kann. Der Bereich möglicher Probleme ist dabei weit gesteckt: Anonymität und Isolation in den Seminaren; Redeschwierigkeiten; Prü-

fungsängste; Arbeits- und Konzentrationsstörungen; Gefühle von Überforderung; Partnerschwierigkeiten; sexuelle Probleme; Ablösungsschwierigkeiten vom Elternhaus; Autoritätskonflikte und Unfähigkeit, die eigenen Wünsche durchzusetzen; zu erwartende Arbeitslosigkeit...“

Die psychosoziale Beratungsstelle will Angebote machen, die dabei helfen können, mit solchen Problemen besser fertig zu werden, sie befriedigend zu lösen. Unser vorläufiger Arbeitsraum ist im VG 010, dort an der Tür und am Aushangbrett der Stu-

dienberatung sind alle Termine, Unternehmungen, Gruppen usw. der PSB angekündigt. Nachrichten erreichen uns über unser Postfach oder telefonisch 798-308/353.“

Die wichtigsten Termine: Dienstag und Donnerstag von 11 bis 13 Uhr offene Sprechstunde, in der dann weitere Gespräche verabredet werden können (VG 010). Mittwoch ab 18 Uhr „jour fixe“: eine offene Gruppe für alle, die sich an der Aufbauarbeit in irgendeiner Form beteiligen wollen (Teestube VG). In der Mitte des Semesters wird ein teach-in über Konzeption und Stand der Aufbauarbeit der PSB stattfinden.

### Freie Plätze für Symposium in Groningen

Für das am 17. April in Groningen stattfindende Symposium mit dem Thema „Entwicklung in der holländischen Nordregion und der Nordwestregion der Bundesrepublik“ sind noch Plätze zu vergeben. Interessenten wenden sich

bitte an den Akademischen Rat Dr. Jens Windelberg (FB III). Ausgesprochen sind insbesondere Studenten der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Symposiumsunterlagen sind in der Pressestelle erhältlich.

# Das Bild der Universität in der Bevölkerung

Kurzfassung einer empirischen Untersuchung/Von Martin Bröking, Wolf-Dieter Scholz, Andrä Wolter \*)

Wie sieht eigentlich die Oldenburger Bevölkerung die Oldenburger Universität? Diese Frage ist nicht nur für die außeruniversitäre Öffentlichkeit von Interesse, sondern insbesondere auch für Studenten und Bedienstete der Universität. Hier scheint die Unsicherheit über Ruf und Ansehen der Universität besonders groß zu sein - vor allem angesichts einer vielfach kritischen oder sogar ablehnenden Berichterstattung über die Universität in manchen Medien. Um über dieses Problem mehr Klarheit zu gewinnen und zu überprüfen, ob es sich hierbei um eine Fehleinschätzung oder um ein realistisches „Selbstbild“ handelt, sollte diese Frage einmal systematisch nachgegangen werden. Dazu ist in einer Lehrveranstaltung über empirische Forschungsmethoden und Datenanalyseverfahren in den Erziehungs- und Sozialwissenschaften im Sommersemester 1979 und im Wintersemester 1979/80 gemeinsam von Lehrenden und Studenten eine Untersuchung geplant, durchgeführt und ausgewertet worden. Mit dieser Untersuchung verband sich auch eine **h o c h s c h u l d i d a k t i s c h e** Zielsetzung: Erhebungs- und Auswertungsmethoden in der empirischen Sozialforschung sollten nicht mehr oder weniger kanonisiert als tradiertes Lehrbuchwissen, sondern stärker als üblich problem- und anwendungsorientiert im Rahmen praktischer Sozialforschung vermittelt werden. Eine solche stärker praxisorientierte Veranstaltung schließt eine systematische Einarbeitung in die Methodenlehre nicht aus; sie setzt diese vielmehr voraus, akzentuiert aber das Verhältnis von theoretischer Grundlegung und praktischer Anwendung von empirischen Forschungsmethoden etwas anders. Aus dieser hochschuldidaktischen Zielsetzung heraus ist eine empirische Untersuchung über das „Image“ der Oldenburger Universität bei der Oldenburger Bevölkerung entstanden. Die Untersuchung ging von der Vermutung aus, daß die anhaltenden Auseinandersetzungen und Konflikte um die Gründung und die bisherige Entwicklung der Oldenburger Universität dazu beigetragen haben

könnten, die soziale Integration und die Anerkennung ihrer Arbeit durch die Oldenburger Bürger zu erschweren oder sogar zu verhindern. Diese Vermutung konnte angesichts des Echos naheliegen, das solche Konflikte in der lokalen und z.T. auch überregionalen Öffentlichkeit bzw. ihren Medien gefunden haben. Die Tendenz dieser Berichterstattung war zwar nicht einheitlich, die Universität hat vielmehr - insbesondere in dem Streit um ihren Namen und in der Frage des Ausbaus - auch breite Unterstützung erhalten; dennoch kann nicht übersehen werden, daß ihre Gründungs- und ihre bisherige Entwicklungsgeschichte von einem hohen Ausmaß an publizitäts-wirksamer Kritik begleitet war. Immer wiederkehrende zentrale Vorwürfe betrafen vor allem die vorgebliche einseitige politische Ausrichtung der Universität, die damit verbundene einseitige Beeinflussung ihrer Studenten und die geringe wissenschaftliche Effektivität ihrer Arbeit.

Ein Ziel der Untersuchung bestand darin, mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu überprüfen, ob es sich bei diesen eher ablehnenden und negativen Beurteilungen der Oldenburger Universität tatsächlich um die Wiedergabe der öffentlichen Meinung der Oldenburger Bevölkerung oder eher um eine durch die Medien veröffentlichte Meinung bestimmter Personen oder Gruppen handelt. Wenn in diesem Zusammenhang davon gesprochen wird, daß in dieser Untersuchung die öffentliche Meinung über die Oldenburger Universität mit der Methode des Interviews erhoben und analysiert wurde, dann wird mit dem Begriff der öffentlichen Meinung hier die Meinung eines repräsentativen Querschnitts der erwachsenen Bevölkerung in Oldenburg bezeichnet. Entsprechend ist auch die Stichprobe als eine repräsentative Wahrscheinlichkeitsauswahl der Einwohner Oldenburgs im Alter über 17 Jahre konstruiert worden. Verglichen mit den zur Verfügung stehenden amtlichen Daten über die Zusammensetzung der Oldenburger Bevölkerung hat sich die Stichprobe hinsichtlich der

Merkmale Alter und Geschlecht als repräsentativ erwiesen. Die Stichprobe umfaßt 350 Personen. Dazu kann angemerkt werden, daß die Qualität einer Stichprobe nicht in erster Linie von ihrer absoluten Größe abhängt, sondern vor allem davon, daß das Sample eine ähnliche Verteilung wichtiger Merkmale aufweist wie die Grundgesamtheit. Unter dieser Bedingung kann auch eine zahlenmäßig kleinere Stichprobe als repräsentativ angesehen werden.

Die Befragung der für das Untersuchungs-sample ausgewählten Personen wurde mit einem standardisierten Interviewleitfaden durchgeführt, dessen Konstruktion den Standards und Regeln der Methodologie der empirischen Sozialforschung entspricht. Er ist vor seiner endgültigen Fertigstellung einem Pretest unterzogen worden. Die Interviews haben die an der Untersuchung beteiligten Studenten selbst durchgeführt. Sie sind darauf im Rahmen der Veranstaltung systematisch vorbereitet worden. Die Interviews sind im Zeitraum von Juli bis September 79 durchgeführt worden. Die Auswertung erfolgte im Wintersemester 1979/80. Der Bericht über die Untersuchung ist im Frühjahr 1980 fertiggestellt worden.

In die Darstellung und Interpretation der erhobenen Daten sind neben den einfachen Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die im Interviewleitfaden enthaltenen Fragen nur solche Korrelationen und Prozentsatzdifferenzanalysen eingegangen, die durch einen statistischen Signifikanztest abgesichert worden sind. Die Auswertung und Interpretation der erhobenen Daten erfolgte - entsprechend der Anlage der Untersuchung weitgehend deskriptiv, wobei die einzelnen in den Interviews gestellten Fragen als Indikatoren für die soziale Integration der Universität, für die Anerkennung ihrer Bedeutung als einer Verbesserung der Infrastruktur und für die Einschätzung ihrer politischen Ausrichtung definiert worden sind.

Im folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung zusammenfassend dargestellt werden.

Die beabsichtigten Mittelkürzungen und der damit verbundene Ausbaustopp für die Oldenburger Universität werden von mehr als zwei Dritteln der Befragten abgelehnt, lediglich 13 % unterstützen diese Maßnahme der Landesregierung. Die Differenzierung der Antworten auf diese Frage nach den Angaben, die die Befragten über ihr Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl gegeben haben, zeigt einen durchgehend hohen „Sokkel“ an kritischen Stimmen; selbst 61 % der CDU-Wähler kritisieren die Entscheidung ihrer Landesregierung. Tabelle 2 zeigt die hohe Attraktivität der Oldenburger Universität auch als einem möglichen Studienort. 72 % aller Befragten empfehlen ein Studium an dieser Universität; nur eine Minderheit von 12 % würde davon abraten. Interessante Unterschiede gibt es

bei der Differenzierung der Antworten auf diese Frage nach den Schulabschlüssen der Befragten. Zwar würde auch hier in allen Teilgruppen mehr als die Hälfte der Oldenburger ein Studium an der hiesigen Universität empfehlen, dennoch läßt sich eine vergleichsweise deutliche Reserve bei den Befragten mit gymnasialem Schulabschluß bzw. mit Hochschul-examen nicht übersehen. Bei ihnen zeigt sich eine gewisse Distanz gegenüber der Oldenburger Universität, ohne daß daraus jedoch der Schluß gezogen werden kann, diese Teilgruppe verhielte sich der Universität gegenüber mehrheitlich ablehnend. Eine relativ ausgeprägte Zurückhaltung in der Teilgruppe der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluß läßt sich auch bei einigen anderen Fragen wiederfinden.

**Frage: „Stellen Sie sich vor, es kommt jemand zu Ihnen und fragt Sie, ob er an der Oldenburger Universität studieren soll. Würden Sie ihm dann zuraten, an der Oldenburger Universität zu studieren, wenn das entsprechende Fach hier angeboten wird?“**

		J A	N E I N	W e i ß n./K. A n g a b e
<b>Total</b>	(349)	72 %	12 %	16 %
<b>Schulabschluß:</b>				
Volksschule/Berufsschule	(209)	79 %	5 %	16 %
Realschule/Fachhochschule	(56)	70 %	13 %	18 %
Gymnasium/Universität	(83)	54 %	31 %	14 %
Signifikanz: p<1 % - Unterschiede hoch signifikant				

## Der Streit um den Namen der Universität Oldenburg

Der Namensstreit um die Oldenburger Universität ist offensichtlich auf Grund seiner großen Publizität fast allen Befragten bekannt. 91 % von ihnen haben nach eigenen Angaben davon gehört. Im Streit um den Namen der Universität findet die Forderung der Universität, nach Carl von Ossietzky benannt zu werden, zwar keine Mehrheit; dennoch wird sie darin von einer beachtlichen Minderheit (35 %) unterstützt. Nach dieser Befragung kann die Forderung der Universität nicht länger als die eines kleinen, exklusiven Kreises abgetan werden, wie es noch 1973 den An-

schein haben konnte. Damals ist von den Lesern der Nordwest-Zeitung über einen Namen für die Universität abgestimmt worden; dabei hatten sich lediglich 3 % der NWZ-Leser für den Namen „Carl-von-Ossietzky-Universität“ ausgesprochen, während sich 63 % für den Namen „Universität Oldenburg“ entschieden hatten. Offensichtlich hat sich die Position der Universität in dieser Frage seitdem erheblich verbessert, auch wenn festzuhalten bleibt, daß sich auch in dieser Befragung die Mehrheit (47 %) für den Namen „Universität Oldenburg“ ausgesprochen hat.

**Frage: Die Universität setzt sich für den Namen „Carl von Ossietzky“ ein; die niedersächsische Landesregierung hat diese Forderung bisher abgelehnt. Was meinen Sie: Sollte die Universität diesen Namen führen oder sollte sie sich einfach „Universität Oldenburg“ nennen oder sollte sie einen ganz anderen Namen bekommen?**

Namensvorschlag:		C.v.Ossietzky	Universität Oldenburg	andere
<b>Total</b>	(349)	35 %	47 %	5 %
<b>Alter:</b>				
bis 29 Jahre	(81)	62 %	26 %	2 %
30 bis 59 Jahre	(196)	32 %	48 %	6 %
60 Jahre u. älter	(72)	13 %	66 %	4 %
Signifikanz: p<1 % - Unterschiede hoch signifikant				
<b>Parteiwahl:</b>				
SPD	(131)	50 %	34 %	2 %
CDU	(51)	29 %	61 %	6 %
FDP	(29)	28 %	62 %	0 %
Keine Angabe	(87)	13 %	58 %	8 %
Signifikanz: p<0,1 % - Unterschiede hoch signifikant				

Die Vorschläge für den Namen der Oldenburger Universität unterscheiden sich deutlich voneinander, wenn sie nach dem Alter der Befragten bzw. nach ihren Angaben über die von ihnen bei der letzten Bundestagswahl gewählte Partei klassifiziert werden. Die jüngeren Befragten unterstützen mit einer deutlichen Mehrheit die Forderung der Universität, mit einer noch deutlicheren Mehrheit wird sie von den älteren Befragten jedoch abgelehnt; diese haben sich klar für den neutralen Namen „Universi-

tät Oldenburg“ entschieden. Ähnliche, allerdings nicht unerwartete Unterschiede zeigen sich auch dann, wenn man das Wahlverhalten der befragten Oldenburger berücksichtigt. Die stärkste Zustimmung für ihre Forderung findet die Universität hier bei den SPD-Wählern. Die Wähler von CDU und FDP bzw. diejenigen Personen, die ihre Wahlentscheidung nicht genannt haben, unterstützen mit deutlicher Mehrheit den Namensvorschlag „Universität Oldenburg“. Fortsetzung Seite 3

## Die allgemeine Beurteilung der Universität

Die Universität hat nach dem Urteil der Mehrheit der in dieser Untersuchung Befragten in der Oldenburger Bevölkerung ein durchaus positives Image. 55 % aller Befragten meinen, daß die Universität ganz allgemein in der Oldenburger Bevölkerung eher positiv eingeschätzt wird, während 32 % gegenteiliger Auffassung sind. Ähnlich positiv wie diese „Fremdeinschätzung“ der Universität fallen die Antworten auf die Frage aus, ob Oldenburg ohne die Universität insgesamt schlechter dastehen würde; denn 53 % der Befragten bejahen diese Frage, nur 35 % sind der Meinung, Oldenburg stände ohne die Universität nicht schlechter da. Danach wird die Universität offenbar allgemein als ein Gewinn für die Stadt Oldenburg (und den Nordwestraum) angesehen.

Die positiven Auswirkungen der Universität werden vor allem in der Verbesserung des Studienangebotes (von 69 % aller Befragten genannt), in der Erweiterung des kulturellen Angebotes (42 %) und in beschäftigungspolitischen Vorteilen wie der Schaffung zusätzlicher bzw. der Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze (30 %) sowie in weiteren ökonomischen Vorteilen wie der Förderung des Geschäftslebens (20 %) und der Belebung auf dem Wohnungsmarkt (34 %) gesehen.

Die Universität wird nur von einer Minderheit negativ beurteilt. Nach der Meinung von 23 % aller Befragten wirkt sie sich in irgendeiner Weise

auch negativ aus. Von diesen Kritikern wird dabei vor allem befürchtet, durch den Ausbau der Universität könnten die städtischen Lebensverhältnisse insgesamt erheblich verschlechtert werden - z.B. durch Massierung der Bebauung oder ein übermäßiges Anwachsen des Straßenverkehrs. Demgegenüber muß aber hervorgehoben werden, daß immerhin 63 % der befragten Oldenburger keine negativen Auswirkungen sehen. Für die Mehrzahl derjenigen Personen, die auch negative Auswirkungen der Universität sehen, scheinen die geäußerten Vorbehalte eher eine abstrakte Bedeutung zu haben; denn die Frage, ob sie sich selbst von diesen negativen Auswirkungen betroffen fühlen, wurde von 62 % dieser Personengruppe verneint, nur 18 % von ih-

nen fühlen sich persönlich betroffen - mit anderen Worten: lediglich 4 % aller befragten Oldenburger fühlen sich unmittelbar persönlich von negativen Auswirkungen der Universität betroffen.

Insgesamt gesehen bedeutet dies, daß die Universität hinsichtlich ihrer infrastrukturellen Bedeutung und ihrer allgemeinen Beurteilung weitgehend im Bewußtsein der Oldenburger Bürger positiv verankert ist. Das bestätigt sich zum einen nachdrücklich in dem weitgehenden Verständnis, das die befragten Oldenburger dem von der Landesregierung im Frühjahr 1979 geplanten Ausbaustopp der Universität entgegenbringen, zum anderen in der hohen Wertschätzung gegenüber der Oldenburger Universität als einem möglichen Studienort.

**Frage: „Die niedersächsische Landesregierung hat kürzlich die Mittel für den weiteren Ausbau der Oldenburger Universität gekürzt. Würden Sie dieser Entscheidung eher zustimmen oder meinen Sie, daß diese Entscheidung rückgängig gemacht werden sollte?“**

		Zustimmen	Rückgängig machen	Keine Antwort
<b>Total</b>	(349)	13 %	67 %	19 %
<b>Parteiwahl:</b>				
SPD	(131)	10 %	83 %	7 %
CDU	(51)	22 %	61 %	18 %
FDP	(29)	7 %	76 %	17 %
Keine Angabe	(87)	9 %	62 %	29 %

Signifikanz: p=0,1 % - Unterschiede hoch signifikant

(\*) Die Befragten wurden während des Interviews darauf hingewiesen, daß sie diese Frage nicht unbedingt zu beantworten brauchen. Daraus erklärt sich die hohe Zahl der Antwortverweigerungen. Die Wähler anderer als der hier angegebenen Parteien stellen eine so kleine Restgruppe dar, daß sie nicht in die Tabelle mit übernommen wurden.

# Das Bild der Universität

## Das politische Ansehen der Oldenburger Studenten

Fortsetzung von Seite 2

Ähnlich positiv wie das Ansehen der Universität insgesamt ist auch das politische Ansehen ihrer Studenten. So werden z. B. studentische Demonstrationen im allgemeinen entweder uneingeschränkt (41%) oder je nach ihren spezifischen Umständen (44%) als legitim anerkannt, während nur 13% der Befragten prinzipiell dagegen sind, daß Studenten in der Öffentlichkeit demonstrieren.

Mit Einschränkungen gilt das auch für Demonstrationen der Oldenburger Studenten und von anderen Hochschulangehörigen, obwohl hier eine breitere Skepsis bezüglich ihrer Wirksamkeit vorhanden ist. Es zeigt sich nämlich, daß die generelle Beurteilung studentischer Demonstrationen nicht ohne weiteres auch auf die Oldenburger Situation zutrifft. Während 41% der befragten Personen Demonstrationen prinzipiell für ein legitimes Mittel halten, meinen nur 34%, Demonstrationen könnten dazu beitragen, daß sich die Oldenburger stärker für die Probleme ihrer Universität interessieren. Dagegen sind bei dieser Frage deutlich mehr Personen als bei der vorangegangenen der Auffassung, Demonstrationen der Oldenburger Universität könnten negative Auswirkungen auf die Oldenburger Bevölkerung haben bzw. seien abzulehnen: Während nur 13% Demonstrationen als mögliche Aktionsform prinzipiell ablehnen, sind immerhin 29% der Meinung, sie schaden dem Ansehen der Oldenburger Universität.

Auch wenn beide Fragen in ihrer Richtung nicht identisch sind, so sind die Differenzen zwischen ihrer jeweiligen Beantwortung doch bemerkenswert. Demonstrationen allgemein werden offenbar nach anderen Kriterien beurteilt als solche im speziellen Kontext der Oldenburger Situation. Außerdem könnte sich in der Beurteilung von Demonstrationen der Oldenburger Universität auch eine eher globale Einschätzung äußern, wie die Mehrheit der Oldenburger Bürger darauf reagiert.

Was die politische Ausrichtung der Universität Oldenburg und eine damit verbundene mögliche einseitige Beeinflussung ihrer Studenten betrifft, so werden sie von der überwiegenden Mehrheit der befragten Oldenburger im Vergleich zu anderen Hochschulen als nicht besonders auffällig beurteilt. 47% aller Befragten sind der Meinung, daß die Oldenburger Studenten politisch nicht einseitiger beeinflusst werden als die Studenten an anderen deutschen Hochschulen. 13% glauben, daß die Oldenburger Studenten eher stärker, genauso viele aber meinen, daß sie eher weniger als andere Studenten politisch einseitig beeinflusst werden.

Dieser für das Ansehen der Oldenburger Studenten insgesamt erfreuliche Befund bestätigt sich indirekt in den Antworten auf die Frage nach den potentiellen beruflichen Einstellungschancen Oldenburger Universitätsabsolventen. Den interviewten Oldenburgern wurde die Frage gestellt, ob nach ihrer Meinung ein Arbeitgeber einen Bewerber einstellen würde, der an der Oldenburger Universität studiert hat, oder ob er jemanden von einer anderen Universität vorziehen würde, wenn er einen Bewerber mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium suche. Nur 18% sind davon überzeugt, Absolventen anderer Universitäten würden den aus Oldenburg prinzipiell vorgezogen. Demgegenüber meinen fast zwei Drittel aller Befragten, Absolventen der Oldenburger Universität müßten nicht deshalb mit Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt rechnen, weil sie in Oldenburg studiert haben. Diese Grup-

pe ist entweder der Auffassung, daß Oldenburger Studenten im Durchschnitt die gleichen Einstellungschancen wie Studenten von anderen Universitäten haben, oder sie meint, daß ein Arbeitgeber diese Frage nach anderen Kriterien als denen des Studienortes entscheidet. Wenn man dieses Ergebnis aus dem engeren thematischen Zusammenhang dieser Frage nach den potentiellen Einstellungschancen Oldenburger Studenten herausnimmt und allgemeiner auf das Ansehen der Universität und ihrer Studenten bezieht, dann bestätigt dieser Befund die Tendenz, nach der das Ansehen der Oldenburger Studenten und damit auch das der Universität überraschend positiv ist und sich weitgehend nicht von dem anderer Studenten und anderer Universitäten unterscheidet.

Die Differenzierung der Untersuchungsergebnisse nach den in den Interviews erhobenen sozialstatistischen bzw. demographischen Merkmalen der befragten Oldenburger zeigt, daß die Beurteilung der in den Interviews angeschnittenen Probleme bzw. Themen nicht einheitlich erfolgt, sondern insbesondere mit den Merkmalen Alter, Schulabschluss und Parteipräferenz variiert. Zustimmung oder positive Einschätzungen gegenüber der Universität - insbesondere auch in politischen Kontroversen - finden sich überdurchschnittlich häufig bei den jüngeren Befragten und bei den SPD-Wählern. Skepsis oder sogar eine ablehnende Haltung gegenüber der Universität ist in den Analysegruppen der älteren Befragten, der CDU-Wähler und derjenigen Personen überdurchschnittlich häufig vorhanden, die Abitur oder ein Hochschulexamen haben. Allerdings muß hierzu einschränkend angemerkt werden, daß trotz dieser Unterschiede ein hoher „Sockel“ an positiven Urteilen in allen Teilgruppen vorhanden ist, der bei vielen Fragen die festgestellten Differenzierungen relativiert.

Wenn man die Ergebnisse der Untersuchung einschließlich jener Teile, die hier aus Platzmangel nicht dargestellt werden konnten, abschließend zusammenfassend bewerten will, dann kann man sagen, daß der Ruf der Universität offensichtlich besser ist, als von vielen Seiten (einschließlich uns selbst) vermutet worden ist. Tatsächlich scheint sich das Verhältnis zwischen der Oldenburger Öffentlichkeit und der Oldenburger Universität weitgehend normalisiert zu haben. Die soziale Integration der Universität ist nach diesen Untersuchungsergebnissen für die Mehrheit der Oldenburger kein erkennbares Problem. Die Universität wird von ihnen als eine wichtige infrastrukturelle Maßnahme akzeptiert. Auch politisch scheint sie für die meisten Oldenburger kein erkennbarer Streitpunkt oder besonderes Ärgernis zu sein. Trotzdem besteht für die Universität kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit: Immerhin steht ihr ein Potential von annähernd einem Drittel aller Oldenburger eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. In bestimmten Bereichen - der Streit um ihren Namen scheint ein Indiz dafür zu sein - muß die Universität auch mit einer stärkeren, ihr kritisch gegenüber eingestellten Öffentlichkeit in Oldenburg rechnen. Die Universität wäre gut beraten, dieses bei ihrer zukünftigen Öffentlichkeitsarbeit und Selbstdarstellung zu beachten.

\*) Wolf-Dieter Scholz und André Wolter sind wissenschaftliche Assistenten im FB I, Martin Broking ist Student. Der vollständige Untersuchungsbericht wird demnächst in der Reihe „Dokumente Materialien“ von der Pressestelle der Universität Oldenburg veröffentlicht.

# Im Wortlaut

## Debatte um die Namensgebung im Niedersächsischen Landtag

Carl von Ossietzky bleibt weiterhin als Namenspatron für die Universität Oldenburg unerwünscht. Am 13. März bekräftigte die CDU-Fraktion und die von ihr getragene Regierung noch einmal ihre Ablehnung zur Namensgebung und reagierten damit auf einen Entschließungsantrag der SPD-Fraktion. Der sieht vor, daß die Hochschule den

### Inge Wettig-Danielmeier

... Ich möchte hier nicht auf die juristischen Implikationen dieses Streits eingehen. Es ist für die SPD-Fraktion dieses Landtags in dieser Frage unwichtig, ob die Landesregierung der Universität die Namensführung gestatten kann und das auch tut, oder ob im Zuge einer Novelle des NHG die Namensführung Carl-von-Ossietzky-Universität ermöglicht wird. Uns kommt es auf die politische Wertung dieses Streites an. Wir alle haben erleben müssen, wie in der Öffentlichkeit, in den Medien und den politischen Diskussionen der Name Carl von Ossietzky dem Versuch des Mißbrauchs ausgeliefert war.

Diese Diskussionen um Carl von Ossietzky bestimmen natürlich wesentlich auch die Diskussion um die Namensgebung. Wer dem Streit um Carl von Ossietzky nachgeht, muß den Lebensweg dieses Mannes zurückverfolgen bis in die Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Er muß den oppositionellen geistigen Strömungen dieser Zeit nachgehen, die sich am preußisch-deutschen Militarismus und dem kaiserlichen Obrigkeitsstaat rieben. Er muß sich mit der Gedankenwelt von Kriegsteilnehmern auseinandersetzen, die - wie Carl von Ossietzky - durch das Kriegserlebnis zu Pazifisten wurden und die Idee einer friedlichen Welt in der politischen Tagesarbeit zu verfolgen suchten. Carl von Ossietzky hat dies als Publizist getan. In der von Spannungen und Erschütterungen gekennzeichneten Weimarer Republik mußte diese Haltung dazu führen, daß Carl von Ossietzky den Aktionen der Reichswehr, ihrer geheimen Aufrüstungspolitik seine Aufmerksamkeit als Publizist widmete. Er erkannte in der Reichswehr den Hauptfeind der demokratischen Entwicklung Deutschlands. Selbst wer diese These in ihrer Zuspitzung nicht teilt, wird nicht umhinkönnen, die von nahezu allen Historikern vertretene Analyse des Endes der Weimarer Republik zu akzeptieren, daß die Politik der Reichswehr ein wichtiger Faktor bei der Zerstörung der ersten deutschen Republik war. Carl von Ossietzky's Kampf gegen die geheime Aufrüstungspolitik, die gerichtlichen Auseinandersetzungen über seine Veröffentlichungen, haben damals den erbitterten Angriff der politischen Rechten in der Weimarer Republik, nicht nur der Nationalsozialisten, gegen ihn ausgelöst. Dieser Gegenangriff prägte bis heute viel nachhaltiger das politische Bewußtsein in diesem Lande als der Kampf Carl von Ossietzky gegen die Feinde der Weimarer Republik und sein Eintreten für die demokratischen Grundrechte, insbesondere die Pressefreiheit. Der „Nestbeschmutzer“ Carl von Ossietzky, der nicht für die Revision des Versailler Vertrages eintrat, ist vielen stärker in Erinnerung geblieben als der demokratische Publizist und Friedensnobelpreisträger.

Obwohl Carl von Ossietzky eines der prominentesten Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist, hat er im wesentlichen geringeren Maß als andere nach 1945 eine positive Würdigung erfahren. Die Wurzel dafür ist sicher darin zu suchen, daß er stärker als andere Männer und Frauen des Widerstandes schon in der Weimarer Republik ein Objekt der Aggression war und daß er von der DDR für ihre Art der Traditionspflege vereinnahmt wurde. Die Vereinnahmung durch die DDR hat viel dazu beigetragen, ein Bild des politischen Publizisten Carl von Ossietzky zu erzeugen, das von dem tatsächlichen Wirken dieses Mannes weit entfernt ist. Carl von Ossietzky war partiell eingebunden. Keine der linken politischen Parteien der Weimarer Republik kann ihn für sich beanspruchen, weder als Mitglied noch als publizistischen Parteigänger. Der entschiedene Pazifist und Demokrat von Ossietzky war eher ein linksradikaler Outsider. Wer ihn, wie es die DDR-Wissenschaft verrät, als bewußten Vertreter der Arbeiterklasse betrachtet und umgekehrten politischen Vorzeichen als „scharfen Kommunisten“, geht mit diesen Wertungen an den Tatsachen vorbei.

Wenn diese in Skizzen vorgetragene Analyse zu dem Ergebnis kommt, daß Carl von Ossietzky durch sein Wirken, durch die von ihm vertretenen Ideen der Humanität und Demokratie und nicht zuletzt durch seine Unbeugsamkeit gegenüber den nationalsozialistischen Toleranzknechten, für unsere Demokratie ein Vorbild sein kann, verengt sich die Frage der Namensgebung einzig

Namen des Friedensnobelpreisträgers und Widerstandskämpfers tragen darf. Inge Wettig-Danielmeier, hochschulpolitische Sprecherin der SPD, begründete den Antrag ihrer Fraktion vor dem Landtag. Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel trug das Nein der Regierung vor. Auszüge von beiden Reden im Wortlaut:

und allein auf den Punkt, ob staatliche Einrichtungen wie Universitäten überhaupt einen Namen tragen sollen. Einer sehr prinzipiellen Auffassung von der weltanschaulichen Neutralität des modernen demokratischen Staates würde es durchaus entsprechen, wenn weder Straßen, Schulen, Krankenhäuser noch Universitäten Namen tragen würden, die als weltanschaulich-politisches Bekenntnis aufgefaßt werden könnten. Dieser puristische Standpunkt, der sogar die Pflege der eigenen demokratischen Tradition ausschließt, ist jedoch nicht der Standpunkt der demokratischen Parteien dieses Landes. Da nach der überwiegenden Auffassung staatliche Einrichtungen durchaus Namen tragen dürfen, reduziert sich das Problem auf die Frage, ob dies auch für Universitäten gelten kann.

Unbestritten ist, daß historische Universitätsnamen aus dem demokratischen Staat akzeptiert werden, wenn hier auch die Frage erlaubt sein muß, ob das landesherrliche Wirken des jeweils konkreten Namensgebers nicht zu Fragen Anlaß geben müßte in einem demokratischen Staat. Doch es wäre, glaube ich, ein müßiger Streit, die Zeitgemäßheit der Namen Friedrich-Wilhelm-Universität, Georgia Augusta, Carolo-Wilhelmina usw. zu diskutieren. Für unser Problem ist einzig und allein entscheidend, ob neben diese Traditionsnamen auch Namen treten können, die die neuere demokratische Tradition unserer Republik verkörpern. Der Ministerpräsident dieses Landes hat in seiner Stellungnahme zur Frage Carl-von-Ossietzky-Universität diese Möglichkeit nicht bestritten, sondern nur auf die formalen Zuständigkeiten abgestellt, d. h. auf die Zustimmung der Landesregierung. Anders dagegen der Wissenschaftsminister, der am 9.5.1978 erklärte: „Und ich sehe auch keinen Sinn darin, insbesondere aus dem Punkt, daß ich nicht meine, man kann nicht zukünftige Studenten und zukünftige Lehrkörper mit einem Programm durch eine Namensgebung festlegen, die man ja nicht von heute auf morgen ändern kann“ (NDR II). Wer diese Äußerung ernsthaft diskutiert (da sie vom zuständigen Wissenschaftsminister stammt, muß man dies wohl tun) kann zunächst nur feststellen, daß dieser Minister Zweifel daran hegt, daß eine Universität den Namen eines entschiedenen Demokraten führen darf. Wenn ihm dies schon ein Zweifel an Programm für eine Universität ist, dann muß freilich die Frage erlaubt sein, wie ernst die Landesregierung die Pflege demokratischer Traditionen in diesem Land nimmt...

### Eduard Pestel

Der dem Entschließungsantrag zugrundeliegende Sachverhalt ist im Tatsächlichen, Rechtlichen und Politischen komplizierter, als er nach dem Antrag und den für ihn gegebenen Begründungen erscheint. Seiner Kompliziertheit entsprechend ist der Sachverhalt von den verschiedenen Ministern, die seit 1974 für die niedersächsischen Hochschulen zuständig waren, behutsam behandelt worden. Ich bedauere den Entschließungsantrag, weil sich an ihn Auseinandersetzungen knüpfen können, in denen der Verständlichkeit halber vergrößert argumentiert wird. Das Ergebnis solcher Auseinandersetzungen droht dann dergestalt auszufallen, daß das Ansehen unseres Landes und seiner Institutionen Schaden nimmt. Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Nutzen sich die Antragsteller versprechen, der zu einem solchen Risiko in einem ungemessenen Verhältnis steht. Als grobe verbale Schläge in einer solchen Auseinandersetzung kann ich mir heute schon folgende vorstellen: Einerseits: Wer gegen den Antrag ist, läßt Respekt vor dem Widerstandskämpfer und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky vermissen und schlägt sich noch nachträglich auf die Seite seiner nationalsozialistischen Verfolger und Peiniger; andererseits: Wer für den Antrag ist, ist ein Volkfrontideologe, denn das studentische Mitglied im Gründungsausschuß der Universität Oldenburg, das im Jahre 1974 erstmals die Universität Carl-von-Ossietzky-Universität nennen wollte, gehörte aber der DDP an und verstand den Namen Carl von Ossietzky als Symbol für eine geforderte Einheit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Beides ist sinngemäß schon so gesagt worden - wenn auch zum Glück nicht in diesem

Hause - und hat verständlicherweise bei den so Angesprochenen lang anhaltende Verletztheit hervorgerufen. Beides ist in seiner Übersteigerung absurd, aber es ist erfahrungsgemäß schwierig, zu differenzierten Argumenten zurückzukehren, wenn der Austausch grober Schläge erst einmal begonnen hat. Ich hoffe, daß ich mit der Beschreibung der hier denkbaren größten Schläge abschreckende Wirkung gegen unüberlegte Äußerungen in den Aussprachen über den Entschließungsantrag erzielen kann...

Zwischen der Universität Oldenburg und mir ist seit dem Spätsommer 1978 ein Rechtsstreit anhängig. Das Konzil und der Senat der Universität hatten damals beschlossen, daß die Universität in Selbstverwaltungsangelegenheiten den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg führe. Diese Beschlüsse habe ich beanstandet. Gegen die Beanstandungen hat die Universität Klage erhoben. Das hat sich noch vor dem Inkrafttreten des Nieders. Hochschulgesetzes abgespielt. Ich bin überzeugt davon, daß die von der Universität Oldenburg beabsichtigte Namensführung schon vor Inkrafttreten des Nieders. Hochschulgesetzes rechtswidrig war. Noch deutlicher liegt die Rechtswidrigkeit seit dem Inkrafttreten des Nieders. Hochschulgesetzes auf der Hand, das in seinem § 1 die Namen der niedersächsischen Hochschulen festlegt. In dem erwähnten Rechtstreit hat das Verwaltungsgericht Oldenburg am 21. Februar 1980 das Innen aus der Presse bekannte Urteil verkündet, das die Klage der Universität Oldenburg abweist...

Auch eine weitergehende politische Würdigung ist nicht angezeigt, weil meine dem Verwaltungsgericht vorgetragene Rechtsauffassung einschließt, daß die Landesregierung der Universität Oldenburg den von ihr angestrebten Namen nicht nur nicht zusehien mußte, sondern daß sie ihn auch nicht zusehien durfte.

Auf einen Teilaspekt will ich noch kurz eingehen, den der scheinbaren Ungleichbehandlung Braunschweig und der Universität Göttingen einerseits und der Universität Oldenburg andererseits. Die Technische Universität Braunschweig und die Universität Göttingen bedienen sich auch nach Inkrafttreten des Nieders. Hochschulgesetzes ihrer überkommenen Bezeichnungen „Carolo-Wilhelmina“ bzw. „Georg-August-Universität“. Ich sehe entscheidende Unterschiede zwischen diesen Bezeichnungen und der von der Universität Oldenburg angestrebten. Kein vernünftiger Mensch könnte auf die Idee kommen, daß die überkommenen Bezeichnungen in Braunschweig oder Göttingen programmatische Festlegungen der Universitäten oder ihrer Mitglieder für heute relevante Entscheidungsalternativen bedeuten. Die Universität Oldenburg hat dagegen ausdrücklich erklärt, daß der Name Carl-von-Ossietzky-Universität eine politische Programmik bedeuten soll, und diese ist von einzelnen immerhin auch schon als Volksfrontprogrammik beabsichtigt worden.

Nach diesen Worten, die der Rechtslage entsprechend zurückweisend ausfallen mußten, lege ich Wert darauf, nicht zum Ende meines Beitrages zu kommen, ohne folgende Bemerkungen gemacht zu haben: Vieles von dem, was Carl von Ossietzky geschrieben hat, erscheint mir nicht als konstruktiver Beitrag zur Lösung der Probleme, in denen sich die Republik in der Zeit seines Wirkens befand. Beindruckend ist, wie früh und mit welcher Klarheit er die nationalsozialistische Gefahr erkannte hat. Ich halte Carl von Ossietzky so wenig wie eine andere Persönlichkeit des Widerstandes gegen das Naziregime für geeignet, als Symbol für den ganzen Widerstand genommen zu werden. Mich erfüllt der allergrößte Respekt vor dem aufrechten, leidvollen und schließlich mit dem Leben bezahlten Kampf Carl von Ossietzky gegen das NS-Regime. Das hat mich veranlaßt, keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die Universität Oldenburg auf dem landeseigenen Universitätsgelände ein Denkmal für Carl von Ossietzky hat errichten lassen. Für eine Universität ist die überzeugendste Art, einer historischen Persönlichkeit ein Denkmal zu setzen, daß sie sich besonders gründlich mit deren Werk wissenschaftlich auseinandersetzt. Dafür hat die Universität Oldenburg jederzeit meine Unterstützung.

## Kurse für Fremdsprachen

Kurse in Spanisch, Französisch und Niederländisch bietet der Fachbereich II an und kommt damit einer Forderung nach, die sich aus dem Sprachenerlaß ergibt. Denn alle seit Sommersemester 1978 immatrikulierten Sprachstudenten, die das Lehramt an Gymnasien oder an Realschulen anstreben, müssen bei der Meldung zu ihren Examina für die Fächer Deutsch, Englisch und Russisch je zwei Fremdsprachen nachweisen. Ausreichende Englischkenntnisse werden in jedem Fall vorausgesetzt.

Die im Fachbereich angebotenen Sprachkurse finden in der Regel im Jahreszyklus statt. Sie sind wie folgt gegliedert:

Zehntägiger Intensivkurs (10 x 6 Stunden) vor Beginn der Lehrveranstaltung des Wintersemesters

Weiterführung im Wintersemester mit vier Wochenstunden

Fünftägiger Intensivkurs vor Anfang des Sommersemesters (5 x 6 Stunden)

Weiterführung im Sommersemester mit vier Wochenstunden

Pro Semester finden zwei Tests statt. Studenten, die alle Tests erfolgreich bestehen, sind von der Abschlußprüfung frei, zu der sich auch Studenten melden können, die ohne Teilnahme am Kurs ihre Fremdsprachenkenntnisse nachweisen wollen. Nähere Auskünfte erteilt der für diesen Komplex Dr. J.U. Davids (FB II).

## Studium im Ausland

Das Bundeswissenschaftsministerium stellte fest, daß das Interesse deutscher Studenten an studien- und praxisbezogenen Aufenthalten im Ausland zugenommen habe. Diese Entwicklung signalisiere eine Trendwende gegenüber der jahrelangen Zurückhaltung bei Auslandsaufenthalten. Nach einer Mitteilung des Ministeriums wurde der 1979 eingesetzte Betrag von 30 Millionen DM für Auslandsaufenthalte deshalb um weitere acht Millionen DM erhöht. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, der deutsch-amerikanischen Fulbright-Kommission, den sieben Begabtenförderungswerken und der Carl-Duisberg-Gesellschaft werden neue Programme entwickelt, um noch bessere Voraussetzungen für eine Ausbildung im Ausland zu schaffen. Gefährdet sind diese Bemühungen in Großbritannien durch Absichten der konservativen Regierungschefin Margaret Thatcher. Sie hat nämlich beschlossen: „Auslandsstudenten werden vom September 1980 an die vollen Unkosten ihrer Ausbildung allein tragen.“ Bisher lagen die Gebühren bei 950 bis 1230 Pfund im Jahr, in Zukunft sollen sie jährlich etwa 3500 Pfund (14.000 DM) betragen. Der Vorsitzende der britischen Rektorenkonferenz, Sir Alec Merriison, hat diese Maßnahmen als „brutale und schlecht durchdachte Politik“ bezeichnet.

## Kein NC für Chemie

Im nächsten Wintersemester werden der Diplomstudiengang Chemie und die Lehramtsstudiengänge Sozialkunde/Politik und Lehramt berufsbildende Schulen wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung (Sek. II) nicht mehr zulassungsbeschränkt sein. Ein entsprechender Vorschlag des Senats fand jetzt die Zustimmung des Ministeriums. Ein numerus clausus wird wie bisher bestehen bleiben für die Diplomstudiengänge Psychologie und Biologie sowie, im besonderen Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie, Pädagogik. Die Lehramtsstudiengänge Sonderpädagogik, Sport, Kunst, Germanistik, Biologie und Arbeitslehre unterliegen ebenfalls Zulassungsbeschränkungen. Neu hinzugekommen sind Musik und Geographie (Sek. II).

Erstmals werden im Wintersemester 80/81 Studienplätze für zweiphasige Studiengänge für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Oldenburg angeboten und in zulassungsbeschränkten Fächern durch die ZVS in einem Landesverfahren verteilt. Bewerber in den Fächern Germanistik und Geographie kommen in das besondere Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie. Ein Lehramtsstudiengang für Gymnasien im Fach Arbeitslehre/Polytechnik wird voraussichtlich nicht vom MWK genehmigt.

## Terminplan der Gremien SS 80

	vormittags	nachm.
02.04.80	SKen	FBR
09.04.80	HPK	
16.04.80	Senat	
23.04.80	SKen	FBR
30.04.80	HPK	
07.05.80	Senat	
14.05.80	SKen	FBR
21.05.80	HPK	
28.05.80	Senat	
04.06.80	SKen	FBR
11.06.80	HPK	
18.06.80	Senat	
25.06.80	SKen	FBR
02.07.80	HPK	
09.07.80	Senat	
16.07.80	SKen	FBR
23.07.80		
06.08.80	Senat	
20.08.80		FBR
27.08.80	HPK	
03.09.80	Senat	
17.09.80		FBR
01.10.80	Senat	

Die Termine liegen alle am Mittwoch, in der Regel beginnen die Sitzungen am Vormittag um 9.00 Uhr, am Nachmittag um 15.00 Uhr.

Abkürzungen: SKen = Senatskommissionen  
HPK = Haushalts- und Planungskommission  
FBR = Fachbereichsräte

## Personalien

**Professor Dr. Heinrich Besuden**, Mathematiker im Fachbereich IV, wurde auf der 14. Bundestagung für Didaktik der Mathematik in Dortmund von der Mitgliederversammlung zum 2. Vorsitzenden der GDM gewählt.

**Ausschreibung**  
Leiter des akademischen Auslandsamtes (Angestelltenstelle nach BAT IIa)  
**Aufgaben:** Der Leiter des Auslandsamtes soll Kontakte zu ausländischen Universitäten und anderen internationalen Bildungs- und Forschungseinrichtungen herstellen und koordinieren bzw. Hochschulangehörige dabei unterstützen. Außerdem ist er für die Betreuung ausländischer Studenten zuständig. **Voraussetzungen:** Gute Kenntnisse in mindestens zwei Fremdsprachen, abgeschlossenes Hochschulstudium. Bewerbungen bis 20. April an den Präsidenten der Universität Oldenburg.

## Minderheitsvotum

Fortsetzung von Seite 1  
denen, wissenschaftliche Mitarbeiter und die Dienstleister Mitspracherecht haben. Im Fachbereich II sollen die Kommissionen aber kein Entscheidungsrecht erhalten. Dies bleibt allein beim Fachbereichsrat. Im Fachbereich I konnte man sich in dieser Angelegenheit nicht zu einer Lösung durchringen.  
Der Beschluß des Senats, der die Entscheidungen der Fachbereichsräte beinhaltet, und das Minderheitsvotum werden demnächst dem Wissenschaftsminister übermittelt. Akzeptiert er die Entscheidung des Senats nicht, so wird die Hochschule zur Änderung ihrer Vorschläge auffordern. Dabei kann er strukturelle Vorgaben machen. Nicht möglich ist, daß er seine Vorstellungen über den Organisationsplan oder das Minderheitsvotum sofort oktroyiert. gh

## Kurs für Niederländisch

Im Sommersemester findet montags von 9 - 13 Uhr im Raum D 104 für Anfänger und Fortgeschrittene ein Niederländisch-Kurs statt. Beginn: 21. August. Der Kurs konnte nicht mehr ins neue Vorlesungsverzeichnis aufgenommen werden.

## Räume in VG geändert

Wegen kurzfristiger Umzüge finden Veranstaltungen, die im Vorlesungsverzeichnis in den Räumen VG 003, VG 004, VG 005 und VG 103 angekündigt worden sind, in

folgenden Räumen statt:  
VG 003 (alter Raum) in VG 502  
VG 004 (alter Raum) in VG 509  
VG 005 (alter Raum) in VG 503  
VG 103 (alter Raum) in G 27.



**Spedition Möbeltransport International DEUS**  
TEL. (04 41) 71001

**Anna Thye**  
Buchhandlung  
Inh. Gottfried Sieler  
Gegr. 1. 9. 1800  
29 OLDENBURG  
Schloßplatz 21/22  
Postfach 4780  
Ruf (04 41) 25288



**JEANS**  
von **Horten**  
Levis · Wrangler · Pionier · Lois · Settler

**Schreibmaschinen**  
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie

- Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-
- Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-
- Kugelschreibmaschinen ab DM 759,-

Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!  
**EBS ERLBECK**  
Weddigenstraße 3 · 2900 OLDENBURG · Fernruf (04 41) 85125  
Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



**BUCHHANDLUNG BÜLTMANN & GERRIETS**  
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01  
Postfach 141

**TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG**



WALLSTR.  
HERBARTGANG  
LANGE STR.  
KURWICKSTR.

**2 Stunden**  
Examensarbeiten-Service  
Fotokopien  
Buchbindarbeiten  
Zeitschriften Berichte



**HENCKUS**  
Buchbinderei  
Edewechter Landstraße 50  
29 Oldenburg  
Telefon 0441-50 2397

**COPIERCENTER OLDENBURG**  
Ammerländer Heerstraße 88  
Fernsprecher (04 41) 5 20 91

Koplen auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung  
**Kopierpreis je Stück 0,10 DM**  
ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM  
ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM

**SCHNELLD RUCK-SERVICE**  
DRUCK-CENTER  
Schützenweg 4 · Ruf (04 41) 5 20 91

zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4  
Auflage 20 Stück DM 2,50  
Auflage 100 Stück DM 6,50  
Auflage 500 Stück DM 23,50  
Auflage 1000 Stück DM 38,00  
Auflage 2000 Stück DM 68,00

**SPANHAKE**  
aktuell  
an · basteln · basteln · bast

Jeder braucht ein Hobby  
**Auch Du!**

Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.  
Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!

oldenburg - lange str.

**Grund- & bodensolide**

**ÖBS** Immobilien GmbH  
OLDENBURG, MARKT RUF 0441/2371

**Mit der ÖBS den Grundstein legen.**

**ÖBS** Öffentliche Bausparkasse  
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN  
Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil